



Nr. 8

1. März 2017

## Inhalt

[Russ: „Hessischer Sonderweg muss sich lohnen“](#)

[Öffentlicher Dienst in Hessen im Warnstreik –  
Kundgebung in Wiesbaden+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DPoIG begrüßt hartes Urteil gegen Raser+++](#)

[Kontrolle von Finanztransaktionen: BDZ fordert angemessene  
Personalausstattung+++](#)

[BTB: Gefährlicher Fachkräftemangel in Technischen  
Fachverwaltungen+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **Russ: „Hessischer Sonderweg muss sich lohnen“ Öffentlicher Dienst in Hessen im Warnstreik – Kundgebung in Wiesbaden**

(dbb) Landesweit sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 1. März 2017 in den Warnstreik getreten, in Wiesbaden kam es zu einer zentralen Kundgebung. Damit erhöhte sich kurz vor der zweiten Verhandlungsrunde um bessere Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Druck auf die Landesregierung. „Unsere Forderung steht: Steigerung der Einkommen um 6 Prozent – inklusive eines Mindestbetrags als soziale Komponente und die Einführung der Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9“, sagte Willi Russ, der für den dbb die Verhandlungen führt.

„Der hessische Sonderweg muss sich lohnen“, sagte Russ mit Blick auf die Tatsache, dass Hessen als einziges Bundesland nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist, mit der sich der dbb bereits Mitte Februar auf einen Tarifabschluss verständigt hatte. „Wenn die Landesregierung also diesen Weg weitergehen will, wie sie jüngst wiederholt hat, muss sich das auch für die Beschäftigten rechnen. Keinesfalls darf daraus ein neues hessisches Sparmodell entstehen!“

Die zweite Verhandlungsrunde für den hessischen öffentlichen Dienst findet am 2. und 3. März 2017 in Dietzenbach statt.

### Hintergrund

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) sind insgesamt etwa 181.000 Beschäftigte betroffen: Knapp 68.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die der TV-H direkte Auswirkungen hat, sowie etwa 113.000 Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Hessen ist 2004 aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgetreten und ist heute das einzige Bundesland, das für den öffentlichen Dienst regelmäßig eigenständige Tarifverhandlungen führt. Weitere Informationen unter

[www.dbb.de/einkommensrunde2017](http://www.dbb.de/einkommensrunde2017).  
(01/08/17)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DPoIG begrüßt hartes Urteil gegen Raser**

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat das am 27. Februar 2017 ergangene Urteil des Landgerichts Berlin gegen zwei Raser begrüßt. Die beiden Männer sind zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil sie bei einem illegalen Autorennen einen Unfall verursachten, in dessen Folge ein unbeteiligter Autofahrer starb. „Das Urteil ist ein deutliches Zeichen an alle diejenigen, die glauben, aus Eigensucht das Leben anderer Menschen gefährden zu dürfen“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt.

Das Urteil zeige auch, dass die Justiz bereit und in der Lage ist, deutliche Strafen zu verhängen und die generalpräventive Wirkung von Rechtsprechung zu berücksichtigen. Die DPoIG fordere, die Polizei mit ausreichendem Personal und moderner Technik in die Lage zu

versetzen, „diejenigen zu überführen, die immer noch nicht verstehen, dass der öffentliche Verkehrsraum kein Abenteuerspielplatz ist“. Es bleibe zu hoffen, dass das Urteil auch vor höheren Instanzen Bestand haben werde.  
(02/08/17)

## **Kontrolle von Finanztransaktionen: BDZ fordert angemessene Personalausstattung**

(dbb) Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen beschlossen. Wie bereits berichtet, soll da-

**mit die beim Bundeskriminalamt angesiedelte „Financial Intelligence Unit“ (FIU), also die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, aus dem Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums in den des Bundesfinanzministeriums überführt und innerhalb der Generalzolldirektion als neu zu schaffende Abteilung D bei der Direktion VIII (ZKA) eingerichtet werden.**

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Dieter Dewes, der dem Lenkungsausschuss für die „FIU neu“ angehört, hat in diesem Zusammenhang am 24. Februar 2017 die Forderung nach einer angemessenen und bedarfsgerechten Personalausstattung für die FIU bekräftigt.

Der am 22. Februar vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzesentwurf sieht unter anderem die Einrichtung eines elektronischen Transparenzregisters der wirtschaftlich Berechtigten sowie eine Harmonisierung der Bußgeldbewehrung von Verstößen gegen geldwäscherechtliche Pflichten vor. Dazu wird das bestehende Geldwäschegesetz (GwG) neu gefasst, weitere Gesetze werden angepasst. Zudem soll die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei der Generalzolldirektion künftig geldwäscherechtliche Meldungen entgegennehmen, analysieren und bei einem

Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung an die zuständigen öffentlichen Stellen weiterleiten. Der künftig der FIU-neu zugewiesene Aufgabenkatalog sei enorm, so Dewes. Er wiederholte in diesem Zusammenhang die langjährige Forderung des BDZ, bei der Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung die juristische Möglichkeit einer sogenannten Beweislastumkehr verstärkt ins Auge zu fassen. „Es gilt insbesondere, die Beschäftigten vor einer weiteren und nicht mehr zumutbaren Arbeitsverdichtung und Überlastung zu bewahren. Allein die Entgegennahme von jetzt schon weit mehr als 40.000 Verdachtsmeldungen und sonstigen Mitteilungen nach dem Geldwäschegesetz, deren Analyse und weitere Bearbeitung kann - vernünftig betrachtet - kaum von den nur 165 Beschäftigten bewältigt werden, die im Endausbau in der FIU vorgesehen sind“, so Dewes.

(03/08/17)

## **BTB: Gefährlicher Fachkräftemangel in Technischen Fachverwaltungen**

**(dbb) Auf den gravierenden Fachkräftemangel in den Bereichen der Technischen Fachverwaltungen und insbesondere des Arbeitsschutzes in Sachsen hat der BTB - Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft aufmerksam gemacht und damit einen Bericht der „Sächsischen Zeitung“ (Ausgabe vom 22. Februar 2017) unter dem Titel „Mehr schwere Arbeitsunfälle, weniger Kontrollen“ bestätigt.**

Bereits in den vergangenen Jahren 2015 und 2016 hatte der BTB Bundesvorsitzende Jan Georg Seidel die Sächsische Staatsregierung mehrmals auf dieses Defizit hingewiesen. Aufgrund der anstehenden altersbedingten Personalabgänge sei eine Wahrnehmung der Aufgaben im Arbeitsschutz nicht mehr mit Fachverstand möglich, erklärte Seidel. Der Fachverstand kann nicht durch Verwaltungspersonal ersetzt werden. „Wenn Becquerel und Sievert nicht unterschieden werden können, kann die Aufgabe des Strahlenschutzes nicht wahrgenommen werden. Das ist in der Tat gefährliches Unwissen“, so der BTB Bundesvorsitzende.

Ende vergangenen Jahres hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam

mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin der Bericht zu „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2015“ vorgelegt. Danach ist in einem Zeitfenster von zehn Jahren die Quote der Erwerbstätigen um gut vier Prozentpunkte angestiegen, wohingegen im gleichen Zeitraum die Personalressourcen der Arbeitsschutzbehörden der Länder um insgesamt mehr als 20 Prozent reduziert wurden. „Die Meldung aus Sachsen verwundert da nicht. Wurde doch hier das Vollzugspersonal um über 35 Prozent reduziert. Bundesweit liegt die Unterdeckung bei rund 25 Prozent“, machte Seidel deutlich. Dem Abbau der technischen Fachkompetenz müsse nachhaltig entgegen gewirkt werden.

(04/08/17)

## **Namen und Nachrichten**

(dbb) Spitzenvertreter von dbb und Bundesagentur für Arbeit (BA) haben sich am 22. Februar 2017 in Berlin zu einem Gespräch getroffen. **Willi Russ**, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, kam unter anderem mit dem BA-Personalchef Michael Kühn zum arbeits- und sozialpolitischen Austausch zusammen. Zentrale Themen waren die unterschiedliche Bezahlung in den Jobcentern sowie die Herausforderungen für die BA durch den demografischen Wandel.

Der **dbb** hat mit der Arbeitgeberseite in den Tarifverhandlungen für die Bodenverkehrs-dienst-Beschäftigten am Flughafen Hamburg am 27. Februar 2017 einen tragfähigen Kompromiss erzielt. Dieser bedeutet spürbare Entgelterhöhungen für alle BVD-Beschäftigten und bringt gleichzeitig mehr Arbeitsplatzsicherheit. Erreicht wurde auch ein Ausschluss betriebs-

bedingter Kündigungen. Änderungen im Arbeitszeitmodell und der Dienstplanung wurden verhindert. Die BVD-Mitarbeiter erhalten ein deutliches Einkommensplus in drei Schritten.

Als einen "richtigen Schritt für die Zukunft des Thüringer Bildungswesens" hat der Thüringer beamtenbund tbb den Beschluss der Landesregierung bezeichnet, Lehrer ab August 2017 wieder zu Beamten zu ernennen. Diese Entscheidung war vom tbb seit vielen Jahren immer wieder eingefordert worden. tbb-Vorsitzender **Helmut Liebermann** wies zugleich darauf hin, dass das Land damit weiter in Richtung bundesdeutscher Normalität gehe. Jetzt werde es darauf ankommen, Detailprobleme zu lösen und gleichzeitig weitere Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um den nötigen Lehrernachwuchs für Thüringen zu gewinnen.  
(05/08/17)

### **Termine zum Vormerken:**

#### 11. Forum Personalvertretungsrecht

"Personalrat 4.0 – arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung"  
3./4. April 2017, dbb forum berlin

#### dbb forum ÖFFENTLICHERDIENST

"Gesundheitsfürsorge der Beamten - Herausforderungen heute, Perspektiven morgen"  
4. Mai 2017, dbb forum berlin

#### 13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung

„Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“  
11. Mai 2017, dbb forum berlin